Beschlussvorlage

Fachbereich II
Aktenzeichen: 40-33-37
Vorlage Nr.: BV/0181/2013

Vorlage für die Sitzung		
Feuerwehr-, Bau- und Vergabeausschuss	30.04.2013	öffentlich

Beratungsgegenstand: **Vergabe des Schulbuchauftrages für das Schuljahr 2013/2014**

Anmerkungen zu Belangen von Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderungen:
Keine Auswirkungen

Haushaltsmäßige Auswirkungen/Hinweis zur vorläufigen Haushaltsführung:
s. Sachverhalt

1. Beschlussvorschlag:

Der Schulbuchauftrag für das Schuljahr 2013/2014 der Stadt Rheinbach wird an die Firma

zum Preis von ca. 100.000,00 € vergeben.

2. Sachverhalt/Rechtliche Würdigung:

Für die städtischen Schulen werden jährlich Schulbücher im Rahmen der gesetzlichen Lehrmittelfreiheit beschafft. Gemäß § 96 Schulgesetz hat die Stadt Rheinbach als Schulträger nach Maßgabe eines Durchschnittsbetrages jedem Schüler von der Schule eingeführte Lernmittel unentgeltlich zu überlassen.

Die Höhe des Durchschnittsbetrages richtet sich nach der Verordnung über die Durchschnittsbeträge und den Eigenanteil nach § 96 Abs. 5 SchulG. Zurzeit trägt der Schulträger gemäß § 1 der Verordnung 2/3 des jeweiligen Durchschnittsbetrages, der von Schultyp zu Schultyp variiert. Aufgrund der voraussichtlichen Schülerzahlen für das Schuljahr 2013/2014 ergibt sich hieraus ein anzunehmendes Auftragsvolumen in Höhe von 100.000,00 € Die entsprechenden Haushaltsmittel stehen zur Verfügung. Es handelt sich um eine Pflichtaufgabe.

In der Vergangenheit, bis zum Schuljahr 2008/2009, wurde der Schulbuchauftrag entsprechend eines Beschlusses des damaligen Schulausschusses im Wechsel durch die Rheinbacher Buchhandlungen ausgeführt. Das Verfahren wurde in dieser Form auch in zahlreichen anderen Kommunen praktiziert.

Die Verwaltung war der Auffassung, dass ein wie auch immer geartetes Ausschreibungsverfahren aufgrund der Bestimmungen des Buchpreisbindungsgesetzes kein unterschiedliches Ergebnis erbringen könnte und somit faktisch ohnehin kein Wettbewerb vorhanden wäre. Aufgrund von verschiedenen Beschwerden wurde dieses Verfahren jedoch im Jahr 2008 durch die Bezirksregierung gerügt und die Kommunen aufgefordert, zukünftig ein entsprechendes Ausschreibungsverfahren, je nach Auftragsvolumen, durchzuführen.

Bei einem Auftragswert von rd. 100.000,00 € ist eine EU-weite Ausschreibung nicht erforderlich gewesen. Eine öffentliche Ausschreibung wird in der VOL/A für das Land Nordrhein-Westfalen nicht zwangsläufig gefordert. Da aufgrund der oben geschilderten Umstände ohnehin von gleichen Ergebnissen auszugehen war, wurde für die Stadt Rheinbach vom enormen Aufwand einer öffentlichen Ausschreibung abgesehen. Der Schulbuchauftrag wurde daher beschränkt ausgeschrieben. Es wurden zwölf Firmen aufgefordert.

Hierbei wurden die örtlichen Buchhandlungen alle berücksichtigt, soweit sie an einer Beteiligung am Ausschreibungsverfahren interessiert waren.

Konkrete Preise werden in den Angeboten nicht genannt, da nur der Auftrag als Ganzes, nicht jedoch einzelne Buchtitel ausgeschrieben wurden, die konkrete Bestellung erfolgt dann erst kurz vor den Sommerferien.

Da auch die Rabattstaffelung gesetzlich vorgegeben ist, wurde der Blankette eine Checkliste beigefügt. Anhand dieser Checkliste wurden einige für die Schulbuchlieferung wichtige Kriterien vorgegeben, die von den sich bewerbenden Firmen mit „ja“ oder „nein“ angekreuzt werden sollten. Nach Auswertung der Angebote und der aufgeführten Checkliste haben folgende zwölf Bewerber ein identisches Angebot abgegeben:

1. Buchhandlung KiBuLa GmbH
59519 Möhnese- Körbecke	2. VAL Handelsgesellschaft mbH
09405 Zschopau
3. Meersteiner GmbH
91781 Weißenburg	4. Buch am Wehrhahn
40211 Düsseldorf
5. Litfass Bücher und Medien
44145 Dortmund	6. Stern- Verlag Buchhaus Antiquariat
40217 Düsseldorf
7. abc Schulbuchvertrieb 1 GmbH
04129 Leipzig	8. Buchhandlung C. Roemke & Cie
50667 Köln
9. Erstling
13053 Berlin	10. Bookcompany GmbH & Co. KG
53913 Swisttal
11. SGV Schulbuchvertrieb GmbH
91773 Weißenburg	12. Buchhandlung Kayser
53359 Rheinbach

Grundsätzlich ist der Zuschlag zwingend auf das wirtschaftlichste Angebot zu erteilen. Da dies aufgrund der gesetzlichen Vorgaben nicht möglich ist, war zu prüfen, inwieweit angebotene Serviceleistungen wirtschaftlich zu bewerten sind.

Von den abgegebenen Angeboten enthielten alle Angebote alle geforderten Unterlagen. Ansonsten hatten alle Angebote dasselbe preisliche Ergebnis und auch die hinzugefügte Checkliste zur Abfrage der Serviceleistungen lieferte identische Ergebnisse. Bezüglich der angebotenen Serviceleistungen muss hier noch erwähnt werden, dass nur solche Serviceleistungen gewertet werden dürfen, bei denen es sich um sogenannte handelsübliche Leistungen handelt, die auch ohne gesondertes Entgelt erbracht werden dürfen. Bei nicht handelsüblichen Zusatzleistungen liegt ein Verstoß gegen das Buchpreisbindungsgesetz vor. In der erwähnten Checkliste wurden Serviceleistungen wie z.B. Telefonhotline, Lieferung frei Haus, Mitnahme und Entsorgung des Verpackungsmaterials und Ähnliches abgefragt.

Die Prüfung aller gültigen Angebote ergab, dass alle Firmen ein gleichwertiges Angebot abgegeben haben. Die Verwaltung ist daher der Auffassung, dass die Angebote wirtschaftlich vergleichbar sind und somit lediglich ein Losverfahren den Ausschlag geben kann. Das Losverfahren wurde in der Ausschreibung angekündigt und soll im Rahmen der Sitzung durchgeführt werden.

Rheinbach, den 09.04.2013

Gez. Unterschrift
Dr. Raffael Knauber
Erster Beigeordneter

Gez. Unterschrift
Wolfgang Rösner
Fachbereichsleiter